

Strategiekonzept der Unionsparteien

Die CDU/CSU hat eine „Sieben-Punkte-Strategie“ für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verabschiedet:

- 1) Die Haushaltssanierung durch Abbau des Schuldenzuwachses und Kürzungen bei Leistungsgesetzen und Subventionen sowie die Beseitigung von Mißbrauchsmöglichkeiten in der sozialen Sicherung. Wer z. B. einen zumutbaren Arbeitsplatz ausschlägt, soll keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld und -hilfe haben.
- 2) Förderung privater und öffentlicher Investitionen, vor allem bei den Gemeinschaftsaufgaben, dem Wohnungsbau, dem Ausbau der Verkehrswege, bei Energieinvestitionen einschließlich Fernwärme und Energieeinsparung sowie bei Medientechnologien und beim Umweltschutz.
- 3) Förderung der Betriebsgründung.
- 4) Wohnungsbauförderung durch Mietrechtsänderungen.
- 5) Förderung des technischen Fortschritts einschließlich Kernkraftwerken und -energie-technik.
- 6) Vorschlag einer „sozialen Allianz“ der Tarifparteien für Investitionen und Arbeitsplätze.
- 7) Vermehrung öffentlicher und privater Teilzeitarbeitsplätze, auch durch Arbeitsplatzteilung; mehr Lehrstellen; Prüfung der Frage, wie eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne Zusatzbelastung für Beitragszahler und Rentenversicherung von den Tarifparteien vereinbar sei.

Im Entwurf zum Strategiekonzept waren folgende Vorschläge enthalten:

- 1) Die BA muß durch Umschichtung mehr Spielraum für „produktive Arbeitsmarktpolitik“ erhalten.
- 2) Um die Ausgabenentwicklung der BA in Grenzen zu halten, sollen die Rentenversicherungsbeiträge für die Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht mehr nach dem der Leistung zugrundeliegenden Brutto-Arbeitsentgelt, sondern nach der Leistung selbst bemessen werden. Einsparung: 2,3 Mrd DM.
- 3) Familiengerechte Umgestaltung des Arbeitslosengeldes durch Senkung des Leistungssatzes für Kinderlose und Erhöhung des Satzes für Familien je nach Kinderzahl.
- 4) Neuregelung der Zumutbarkeit, z. B. Inkaufnahme längerer Anfahrtswege und ungünstigerer Arbeitszeiten.
- 5) Rückkehrhilfen für arbeitslose Ausländer, z. B. durch Kapitalisierung eingezahlter Rentenbeiträge und des Anspruchs auf Arbeitslosengeld.
- 6) Befristete Herabsetzung des Rentenalters bei Inkaufnahme versicherungsmathematischer Abschläge. Die Tarifpartner sollen dazu Lösungen ausarbeiten.
- 7) Die Mittel für erweiterte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem AFG sollen ganz der Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen vorbehalten bleiben. Private und öffentliche Arbeitgeber werden aufgefordert, Teilzeit- und Job-Sharing-Arbeitsplätze anzubieten.
- 8) Müttern mit Kindern bis zu drei Jahren soll ein Erziehungsgeld gezahlt werden, weil viele dieser Frauen ihre Erwerbstätigkeit dann unterbrechen würden. Die Kosten dafür werden mit 6 Mrd DM angegeben, die vermutete Entlastungswirkung auf die Bundesanstalt für Arbeit mit 3 Mrd DM.

Nach: CDU/CSU – Bundestagsfraktion, Arbeit für alle durch soziale Marktwirtschaft, Bonn 9. 2. 1982

